Gesetzliche Regelung

Der Landtag des Landes Nordrhein-Westfalen hat in seiner Sitzung am 04.12.2012 die Novellierung des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Nordrhein-Westfalen (ÖPNVG NRW) beschlossen. Bestandteil dieser Novellierung ist auch die neue Verteilung der ÖPNV-Pauschale nach § 11 (2) ÖPNVG NRW, die mit Rückwirkung zum 01.01.2011 gilt (Verteilungsmaßstab: 90 % im Verhältnis der gewichteten Betriebsleistungen, 9 % im Verhältnis der Einwohnerzahl, 1 % im Verhältnis der Fläche). Die Novellierung des ÖPNVG NRW ist zum 01.01.2013 in Kraft getreten.

Mit dieser Novellierung des ÖPNVG NRW wurden vom Land NRW auch für den VRR-Bereich erstmals aufgabenträgerscharfe Beträge aus der ÖPNV-Pauschale veröffentlicht. Im Vergleich zur Berechnungsmethodik des VRR kommt es der VRR AoR zufolge dabei zu (z. T. deutlichen) Verschiebungen der Mittel je Aufgabenträger. Aufgrund der unterschiedlichen Berechnungsmethodik ist ein Vergleich der ÖPNV-Pauschale alt/neu nur bedingt möglich. In der ÖPNV-Pauschalen-Verordnung (ÖPNVP-VO) zum novellierten ÖPNVG ist die VRR AoR als alleinige Mittelpfängern für den VRR-Raum genannt.

Gemäß Beschluss der Verbandsversammlung vom 05.07.2012 wurde die unveränderte Fortführung der Regelungen zur Abwicklung der ÖPNV-Pauschale nach § 11 (2) ÖPNVG NRW bis einschließlich des Jahres 2013 festgelegt. Eine Rückwirkung der Neuverteilung der Pauschale scheidet damit aus. Die Neuverteilung wird erst ab dem Jahr 2014 wirksam. Hierbei ist zu beachten, dass die ÖPNV-Pauschale ab dem Jahr 2014 auf der Grundlage der o. g. Bezugsdaten des Jahres 2011 durch das Land NRW neu ermittelt wird.

Als Anlage ist die Neuschlüsselung der ÖPNV-Pauschale beigefügt. Danach erhält die Stadt Monheim am Rhein insgesamt € 196.016,30, somit € 47.195,62 mehr als vorher.

Einbindung und Aufgaben des VRR

Die kommunalen Aufgabenträger haben gemäß § 5 Zweckverbandssatzung in Verbindung mit § 5 (3a) ÖPNVG NRW weitere Aufgaben auf den VRR übertragen. Hierzu gehören u. a. die Aufgaben:

- (1) Finanzierung und Sicherstellung der Ausgleichsleistungen für gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen der Betreiber öffentlicher Personenverkehrsdienste,
- (2) Bewirtschaftung der ÖPNV-Pauschale nach § 11 (2) ÖPNVG NRW,
- (3) Bewirtschaftung der Ausbildungsverkehr-Pauschale nach § 11a ÖPNVG NRW
- (4) Erlass allgemeiner Vorschriften

Durch die mit dieser Aufgabenerübertragung verbundene Einheitlichkeit wird neben der Rechtssicherheit auch die Diskriminierungsfreiheit der Durchführung der Aufgaben gewährleistet. Weiterhin entstehen durch die Aufgabenerübertragung auf die VRR AoR Synergieeffekte, da diese Aufgaben laut der VRR AoR von ihr gebündelt mit

vergleichsweise geringem Personalaufwand (4 Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen) für alle Aufgabenträger und Verkehrsunternehmen wahrgenommen werden. Vor Ort waren zur Wahrnehmung der Aufgaben eigene Personale, Regelwerke und Prüfschritte (z. B. Anhangsabrechnung nach VO (EG) Nr. 1370/2007) notwendig.

Der VRR AoR ist zuzustimmen, dass gute Gründe dafür sprechen, die Aufgabe der Abwicklung der ÖPNV-Pauschale auch weiterhin auf die VRR AoR zu übertragen.

Regelung im VRR ab 2014

In den Diskussionen zur Abwicklung der ÖPNV-Pauschale wurde deutlich, dass eine Abwicklung der ÖPNV-Pauschale im Rahmen einer Pooling der Mittel auf VRR-Ebene tendenziell nicht mehr gewollt ist. Dies bedeutet, dass ab dem Jahr 2014 die ÖPNV-Pauschale aufgabenträgerscharf gemäß des o. g. Verteilungsschlüssels des ÖPNVG NRW verrechnet werden muss.

Im Rahmen der Beschlussfassung im Jahr 2008 zur Abwicklung der ÖPNV-Pauschale wurden von Seiten der VRR AoR bereits rechtliche Bedenken bezüglich der Fahrzeugvorhaltekostenforderung geäußert. Diese Bedenken – so die VRR AoR – ließen sich bis zum heutigen Zeitpunkt nicht ausraumen. Daher wird von der Abwicklung der ÖPNV-Pauschale im Rahmen der Fahrzeugvorhaltekostenforderung Abstand genommen.

Aus den dargestellten Gründen schlägt die VRR AoR drei Alternativen für eine aufgabenträgerscharfe Abwicklung der ÖPNV-Pauschale nach § 11 (2) ÖPNVG NRW vor. Ob jedes Verfahren für die jeweils vor Ort herrschende Fallgestaltung anwendbar ist, muss im Einzelfall beurteilt und entschieden werden.

Aufgabenträger-Pauschale

Entsprechend der gesetzlichen Regelung des § 11 (2) ÖPNVG NRW schlägt die VRR AoR vor, dass die Aufgabenträger einen Anteil von bis zu 20 % für sich beanspruchen können. Der Anteil der Aufgabenträger-Pauschale muss für Zwecke des ÖPNV verwendet oder hierfür weitergeleitet werden (z. B. an öffentliche oder private Verkehrsunternehmen).

Die Entscheidung über die Höhe der Aufgabenträger-Pauschale obliegt den kommunalen Aufgabenträgern und ist durch örtliche Rats- und Kreistagsbeschlüsse festzulegen. Der Anteil der Aufgabenträger-Pauschale bezieht sich auf die gemäß der o. g. gesetzlichen Verteilung ermittelte aufgabenträgerscharfe ÖPNV-Pauschale. Die VRR AoR wird diese Mittel – wie bisher – an die Aufgabenträger weitergeben. Durch den Punkt 2 des Beschlussvorschlages wird festgelegt, inwieweit die ÖPNV-Pauschale gemäß § 11 (2) eigenen Zwecken dienen soll. Bisher hat sich die Stadt Monheim am Rhein 10 % der ÖPNV-Pauschale überweisen lassen. Die Verwaltung schlägt vor, sich ab 2014 einen Anteil von 20 % der ÖPNV-Pauschale für eigene Zwecke auszahlen zu lassen.

Verbleibende Mittel

Die verbleibenden Mittel aus der ÖPNV-Pauschale (mindestens 80 % der ÖPNV-Pauschale) sind für Zwecke des ÖPNV mit Ausnahme des SPNV an öffentliche und private Verkehrsunternehmen weiterzuleiten, die den Gemeinschaftstarif nach § 5 (3) ÖPNVG NRW anwenden. Dieser recht weit gefasste Rahmen zur Verwendung der ÖPNV-Pauschale unterliegt den haushaltsrechtlichen Bindungen und den weiteren

gesetzlichen Bestimmungen (z. B. nationale und europäische beihilfe- sowie zuwendungsrechtliche Regelungen). Somit sind die Möglichkeiten, um die Mittel weiterzugeben, nicht so vielfältig, wie es auf den ersten Blick erscheint. Vom VRR werden die nachfolgenden drei Alternativen vorgesehen:

- Ausgleichsleistung für die Erfüllung gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen im OSPV (Alternative A)

Im Zuge der Aufgabenübertragung zur Finanzierung und Sicherstellung der Ausgleichsleistungen für gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen im ÖSPV ermittelt die VRR AoR in Zusammenarbeit mit den bedienten Aufgabenträgern sowie den betrauten Verkehrsunternehmen die Höhe der Beiträge für den Ausgleich dieser gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen. Die VRR AoR gleicht diese aus, sofern nicht zuvor von öffentlicher Seite ein Ausgleich geleistet wurde. Hierfür erstellt die VRR AoR für das jeweilige Geschäftsjahr den Verbundetat und für das vergangene Geschäftsjahr die Ergebnisrechnung und weit dann die jeweiligen Finanzierungsbeträge aus.

Die entsprechenden Regelungen hierzu finden sich in der Satzung des Zweckverbandes VRR, der Satzung der VRR AoR und der Finanzierungsrichtlinie des VRR.

Die EU-rechtliche maximale Höhe der Finanzierung von gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen ermittelt sich aus dem VRR-Finanzierungssystem auf Bausteinbasis (Bausteinsystem). Der sich danach ergebende Ausgleichsbetrag stellt die maximale Höhe der Finanzierung von gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen dar.

Basierend auf dem so ermittelten Finanzierungsrahmen erlässt die VRR AoR einen Finanzierungsbescheid, um die EU-konforme Finanzierung sicherzustellen. Dieser legt u. a. die maximale Höhe der Beträge für den Ausgleich gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen und die Finanzierungsbeträge des Verbundetats fest. Soweit die festgelegten Finanzierungsbeträge durch eine anderweitige Deckung (Querverbund, Einlage, usw.) ausgeglichen werden, erlässt die VRR AoR einen ablehnenden Finanzierungsbescheid. Andernfalls erlässt die VRR AoR einen positiven Finanzierungsbescheid, der zu einer Zahlung von Mitteln von der VRR AoR an das entsprechende Verkehrsunternehmen führt.

Im Rahmen des beschriebenen Verfahrens können die nach Abzug der Aufgabenträger-Pauschale verbleibenden Mittel bei einer Abwicklung der ÖPNV-Pauschale über die VRR im Rahmen dieses Ausgleichs für gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen im ÖSPV weitergegeben werden. Hierfür findet im Verbundetat und in der Ergebnisrechnung eine Anrechnung auf den Finanzierungsbedarf statt, die dann die Finanzierungsbeträge senkt. Im lokalen Anhorungsgespräch gemäß § 19b Zweckverbandssatzung können weitere Details zur Verwendung dieser Mittel festgelegt werden. Hierunter fällt auch die Möglichkeit, im Rahmen der Bestandsbetrauungen bzw. der ggf. vorgesehenen Ergänzungen der Bestandsbetrauungen, investive Maßnahmen zu finanzieren, soweit die Voraussetzungen der örtlichen Bestandsbetrauungen dies zulassen.

Die bereitgestellten Mittel sollen im Finanzierungsbescheid der VRR AoR positiv beschieden und an die Verkehrsunternehmen ausgezahlt werden. Eine konkrete Ausgestaltung hierzu findet zusammen mit der Anpassung der Finanzierungsrichtlinie statt.

- Ausgleichsleistungen für gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen aus der Anwendung der Tarife für Zeitfahrerausweise des Ausbildungsverkehrs im VRR-Gemeinschaftstarif (Alternative B)

Die Aufgabenträger haben durch örtliche Beschlüsse die Aufgabe, allgemeine Vorschriften im Sinne von Art. 2 Buchstabe I) VO (EG) Nr. 1370/2007 zur Festsetzung von Höchsttarifen für alle Fahrgäste oder bestimmte Gruppen von Fahrgästen zu erlassen, auf die VRR AoR übertragen. Vor diesem Hintergrund hat die VRR AoR die „Richtlinie der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr AoR über die Festsetzung der Tarife für Zeitfahrerausweise des Ausbildungsverkehrs im Gemeinschaftstarif für den Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR) als Höchsttarif (Ausbildungsverkehr-Richtlinie AusbV-RL)“ als allgemeine Vorschrift im Sinne von Art. 2 Buchstabe I) VO (EG) Nr. 1370/2007 erlassen, um die Ausbildungsverkehr-Pauschale des § 11a ÖPNVG NRW rechtskonform abzuwickeln.

Die in der Ausbildungsverkehr-Richtlinie festgelegten Verfahren können genutzt werden, um die nach Abzug der Aufgabenträger-Pauschale verbleibenden Mittel der ÖPNV-Pauschale weiterzugeben. Die VRR AoR wird also aufgabenträgerscharf die zur Verfügung gestellten Mittel erhöhen und entsprechend in den Bescheiden an die Verkehrsunternehmen berücksichtigen.

Die bereitgestellten Mittel werden von den Verkehrsunternehmen als Ertrag berücksichtigt. Im Verbundetat und in der Ergebnisrechnung werden sie aufgabenträgerscharf ausgewiesen und mindern den Finanzierungsbedarf der Verkehrsunternehmen.

- Investive Fahrzeugförderung im OSPV (Alternative C)

Eine Abwicklung der verbleibenden Mittel der ÖPNV-Pauschale kann auch im Rahmen einer investiven Fahrzeugförderung im ÖSPV erfolgen. Die bestehende „Richtlinie des Verkehrsverbundes Rhein-Ruhr zur Förderung von investiver Fahrzeugbeschaffung im OSPV“, muss hierfür aufgrund der aufgabenträgerscharfen Abwicklung der ÖPNV-Pauschale überarbeitet und angepasst werden. Diese Richtlinie ist dann für jedes Aufgabenträgergebiet Basis für die Abwicklung der verbleibenden Mittel der ÖPNV-Pauschale im Rahmen einer investiven Fahrzeugförderung.

Organisation der Abwicklung der ÖPNV-Pauschale

Als Verteilungsschlüssel der ersten und zweiten Alternative zur Verteilung der ÖPNV-Pauschale (ohne Anteil der Aufgabenträger-Pauschale) auf die das Aufgabenträgergebiet bedienenden Verkehrsunternehmen soll der Schlüssel „Nutz-Wagen-km gemäß der Definition des § 11a ÖPNVG NRW“ herangezogen werden. Die Verteilung im Rahmen der dritten Alternative ist abhängig vom Beschaffungsvolumen und der anteilig im Aufgabenträgergebiet erbrachten Verkehrsleistung.